Nr. 244a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
16. Mai 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

67. Sitzung vom 15. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Dr. Frhr. v. Hammerstein, Frhr. v. d. Recke und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher**

eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen.

Die Berathung des Berichts der 4. Kommission über den Antrag Gamp (freik.) und Genossen betreffend **Maßregeln gegen die in der Landwirthschaft herrschende Arbeiternoth** wird fortgesetzt bei Ziffer 10 der Kommissionsanträge.

Die Forderung der Ziffer 10 lautet: „Die planmäßige Ansiedelung von kleinen und mittleren Landwirthen sowie von landwirthschaftlichen Arbeitern durch Genossenschaftsverbände und unter Mitwirkung des Staates in dazu geeigneten Bezirken."

Hierfür beantragen der Abg. Dr. Hirsch (fr. Vp.) und Genossen folgende Fassung: „Die Förderung der Ansiedelung von kleinen und mittleren Landwirthen und von landwirthschaftlichen Arbeitern durch Private und Verbände, namentlich in Bezirken mit überwiegendem Großgrundbesitz, insbesondere auch durch Parzellirung von Staatsdomänen sowie durch Beseitigung des Familienfideikommißrechtes."

Abg. Freiherr **v. Wangenheim** (Bund der Landwirthe, schwer verständlich):

Ich möchte Sie bitten, es beim Kommissionsantrage zu belassen und den Antrag Hirsch abzulehnen. Wir wollen das Bestreben gern fördern, die Arbeiter seßhaft zu machen, und werden, hoffe ich, noch in der Lage sein, bestimmte Vorschläge dafür zu machen. Die Parzellirung à tout prix hat ihre großen Bedenken; sie muß wirthschaftlich gerechtfertigt sein. Nicht in jeder Gegend ist der Kleinbesitz die beste Form der Ackerwirthschaft. Ebenso bitte ich, die Forderung des Abg. Hirsch auf Beseitigung des Familienfideikommißrechts nicht ernst zu nehmen. Wir haben keine fertigen gesetzgeberischen Vorschläge machen wollen, sondern der Regierung nur dringend nahe legen wollen, wo der Hebel zur Besserung angesetzt werden müsse. Hoffentlich schöpft sie aus diesem Material die nöthigen Anregungen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Was die Ziffer 10 will, hat der preußische Staat seit Langem als eine wichtige Aufgabe anerkannt. Die Kolonialpolitik des vorigen Jahrhunderts und des ihm vorangehenden beweist das. Diese Kolonialpolitik ist vollständig ins Stocken gerathen und in unserem Jahrhundert fast vergessen gewesen. Die Gründe waren dafür die Noth der Finanzen, die Umgestaltung der Verhältnisse im Gefolge der französischen Revolution und die Nothwendigkeit für Preußen, zunächst andere Aufgaben zu lösen, die Gründung des deutschen Reiches u. s. w. Dadurch ist die große Aufgabe des Staates, die Kolonisation der östlichen Provinzen, welche so schön begonnen hat, nicht vollendet worden, so daß sie jetzt unbedingt wieder aufgenommen werden muß. Die Lage der Landwirthschaft wird in jener Gegend vielfach am drückendsten empfunden, der Grundbesitz ist schwer verschuldet und kann auf die Dauer seinen Besitz nicht halten, sondern muß ihn in andere Hände überführen. Diesen Uebergang allmälig und ohne Katastrophe zu gestalten, wie es der sozialpolitischen modernen Einsicht entspricht, ist die Aufgabe. Die Bevölkerung muß dort, wo sie zu dünn ist, vermehrt werden. Das wird allmälig erreicht werden. Nun kommen von zwei Seiten Bedenken, einmal von der Anschauung aus: Was braucht sich der Staat da einzumischen? Macht nur Grundstücke frei und alles andere findet sich von selbst. Die Anderen meinen, es würde eine vollständige Zerstückelung des Großgrundbesitzes damit eingeleitet werden. Ich glaube, beide Auffassungen sind heute durch die Erfahrung widerlegt. Die kapitalistische Methode, wie sie namentlich durch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung geschaffen worden ist, hat sich auf diesem Gebiete nicht bewährt. Wir sind zu dem Prinzip, welches allein eine dauernde Abhilfe verspricht, gekommen, zum Rentengut gegenüber dem bisher allein geltenden Grundsatze der baaren Zahlung und Hypothekenverschuldung. Seit Feststellung dieses Grundsatzes schreitet die Bewegung ruhig fort. Wir haben bis Schluß 1898 durch die Generalkommission 86,147 Hektar und durch die Ansiedelungskommission 59,853 Hektar aufgetheilt, also zusammen 146,000 Hektar. Mehrere Tausende von neuen Ansiedelungen sind dadurch geschaffen worden. Wenn man nun einwendet: Was bedeuten diese paar Stellen gegenüber dem kolossalen Bedürfniß? so weise ich darauf hin, daß wir jetzt schon 20 neue deutsche Dörfer geschaffen haben, die sich in kurzer Zeit verzehnfachen werden. Die Generalkommission wirkt für alle Provinzen, die Ansiedelungskommission hat bisher besondere Aufgaben für besondere Landestheile zu lösen gehabt, die ihre Wirksamkeit in etwas einschränken. Gleichwohl muß anerkannt werden, daß beide schon Tüchtiges gewirkt haben. Es wird nur die Aufgabe sein, noch größere Garantien für eine dauernde Besserung der dadurch geschaffenen Verhältnisse zu gewinnen. Die Hauptschwierigkeit für Private, die sich der Kolonisation zuwenden, liegt in dem Mangel an hinreichendem Betriebskapital. Die Privaten müssen ihr Kapital mehrere Jahre still liegen lassen, ehe sie auf Ertrag rechnen können. Ihnen wünsche ich Geldbeschaffung zu diesem Zweck erleichtert werden. Ich hoffe deshalb, daß noch in dieser Session ein Gesetz vorgelegt werden kann, das nach der Richtung hin Abhilfe schaffen kann. Die Seehandlung würde die Stelle sein, welche die Vermittelung übernimmt. Ich gedenke, zunächst die Bewilligung von 10 Millionen Staatszuwendungen an Private oder Gesellschaften zu fordern. Dann würden die Grundbesitzer die Sache selbst durchführen können ohne Mithilfe eines Dritten. Dadurch würden wir auch allmälig die soliden Unternehmen, die sich mit geringem Verdienst dabei begnügen, vielleicht gewinnen können. Natürlich müßte die Behörde ein gewisses Kontrolrecht ausüben und verlangen dürfen, daß der Plan der Unternehmer von der Generalkommission begutachtet werde. Durch ein solches planmäßiges Vorgehen würden wir die Garantie für einen dauernden Wohlstand in diesen Gemeinden gewinnen. Es ist dies eine der wichtigsten Aufgaben, die der Staat hier zu lösen hat. Denn die Gesetze, die auf das mobile Kapital anwendbar sind, weisen ganz und gar nicht auf die ländlichen Verhältnisse, auf den Grund und Boden. Der Staat ist auf diesem Grund und Boden erwachsen und hat naturgemäß an seiner Erhaltung ein ganz erhebliches Interesse, und wenn der Staat dem entsprechend handelt, so, glaube ich, sollte er die Zustimmung aller Parteien finden. Leider geht selbst unter hervorragenden Gelehrten noch heute ein Verständniß über diese Frage. Dem Deutschen ist aber die Sehnsucht nach eigenem Besitz angeboren. Wir antwortete einmal Jemand auf die Frage, warum er sich dem gar so sehr plage: Ja, Herr Minister, ich möchte doch auf meinem eigenen Mist sterben. (Heiterkeit.) Das ist der Ausdruck dieses Bedürfnisses nach eigenem Besitz. Der Antrag Hirsch geht in einigen Punkten zu weit. Es braucht nicht empfohlen zu werden, die Fideikommißbildung zu beseitigen. Allgemein die Staatsdomänen nur zu parzelliren, dürfte die Zeit nicht gekommen sein. Das wirthschaftliche Bedürfniß muß entscheiden. Ebensowenig ist nach unserer Meinung die Zeit da, die Fideikommißbildung aufzuheben; daß sie reformirt werden muß, ist auch unsere Ansichnung, und damit sind wir beschäftigt. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Abg. **Reimnitz** (natl.)

tritt auch für die Aufthellung des Großgrundbesitzes ein und bittet, bei der Ansiedelung in erster Linie die alteingesessenen Tagelöhner zu berücksichtigen, die der beste Stamm wären.

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:**

Die Aufthellung des Domänenbesitzes ist auch nach meinen Erfahrungen keineswegs überall wirthschaftlich gerechtfertigt. Das Bedürfniß muß dazukommen. Ich habe mich deshalb auch nicht gescheut, noch recht erhebliche Kapitalien neuerdings in die Domänen hineinzustecken, obgleich die Pachtverträge zurückgegangen waren. Der Besitz eines Vorwerkes kann unter Umständen wesentlich für den Ertrag der Domäne sein. Der Kleinbesitzer aber darf nur Grund und Boden erwerben, der leicht zu bearbeiten, und für den er nicht allzu viel aufzuwenden braucht. Er muß einen dauernden, gleichmäßigen Jahresertrag zu erwarten haben, mit einem fetten und darauf folgenden mageren Jahre ist ihm weniger gedient. Bei der Zerschlagung von Domänen müßte auch darauf Bezug genommen werden, daß wirklich der Leutenoth in etwas begegnet, sie aber nicht vermehrt werde. Bei vorsichtigem Vorgehen hoffen wir, auf diesem Gebiete zu dem wohl von den Antragstellern erhofften Erfolge zu kommen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.):

Die Genossenschaftsverbände haben bewiesen, daß sie durchaus geeignet sind, sich an der großen Aufgabe der inneren Kolonisation zu betheiligen. Und warum will man die Privatthätigkeit ausschließen? Der Hinweis auf die „Güterschlächtereien" ist doch kein hinreichender Grund. Eine Reihe von Landbanken hat bereits Hervorragendes auf diesem Gebiete geleistet. Ich erinnere nur an die Betheiligung des früheren Abg. v. Eckardstein. Diese Gesellschaften arbeiten viel geschickter und erfolgreicher als die Staatsbehörden. Die Regierung hat allerdings Anlaß, auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen. Denn sie hat den Großgrundbesitz so unerhört anwachsen lassen, sie hat zum Beispiel zugelassen, daß im Regierungsbezirk Stralsund 80 Prozent des Grund und Bodens in den Händen des Großbesitzes sind. Aber für das angekündigte Gesetz, das wiederum aus dem Staatssäckel Private unterstützen lassen will, werden meine Freunde kaum zu haben sein. Wenn die Generalkommission bei den Parzellirungen ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen will, haben wir nichts dagegen; die Privatthätigkeit hemmend aber würde es sein, wenn über eine solche Begutachtung des Planes die behördliche Thätigkeit hinausginge. Die Aufforderung zur Parzellirung der Staatsdomänen ist nicht überflüssig; denn bisher sind nur zwei Domänen parzellirt. Wünschen wir aber wirklich eine Vermehrung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, so ist es nur folgerichtig, die Familienfideikommisse zu beseitigen. Diese Fideikommisse bringen die jungen Generationen um ihr Recht des Besitzes von Grund und Boden. Ueber sieben Millionen Morgen Land sind durch diese Bindung festgelegt. Dabei ist die Neigung, die Fideikommißbildungen zu gestatten, noch im Steigen. Sie sind ebenso wenig gerecht und gerechtfertigt, wie die Rentengüter sich bewährt haben, trotz der Behauptung des Ministers v. Miquel. Läßt sich Frankreich oder England auf solche Experimente des Staates ein? Ich bitte um Annahme meines Antrages. (Beifall.)

Abg. **v. Bockelberg** (kons):

So harmlos, wie Dr. Hirsch seinen Antrag darstellt, ist er doch nicht. Der Familienfideikommiß macht doch einen verhältnißmäßig geringen Prozentsatz aus. Man bekommt den Eindruck, als ob er sich einmal im Mittel vergriffen hat, und als ob ihn andererseits das Mittel zum Zwecke wird, nämlich dem Zwecke: die großen Güter, den ländlichen Familiengroßbesitz zu zerschlagen. Die Vorschläge Hirsch können, meine ich, auf eine Annahme nicht rechnen. Ich empfehle, es beim Kommissionsantrage zu belassen.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole):

Hier wird die Kolonisation der östlichen Provinzen gefordert und regierungsseitig das als wichtige Aufgabe anerkannt, ja ein neues Gesetz dafür angekündigt. Wir sind mißtrauisch. Denn nach den bisherigen Erfahrungen, die wir machen mußten, haben die Regierung und die Generalkommissionen eine ganz ungerechtfertigte Voreingenommenheit gegen polnische Ansiedler bewiesen. Damit künftig bei den Ansiedelungen die Fehler vermieden werden, will ich eine Uebersicht über die bisherige Thätigkeit von diesem Gesichtspunkte aus geben. (Redner legt die Verhältnisse der Rentengutsbildung im Kolberger Kreise u. s. w. dar.)

Da, wo die Polen schon Grundbesitz erworben haben, werden sie behindert, weiteren zu erwerben. Wo sie welchen erwerben wollen, werden sie möglichst umgangen. Das nennt man Kolonisiren. Aendern Sie erst diese Politik, ehe wir an eine ernsthafte Kolonisirung glauben können!

Abg. **Graw** (Ctr.)

Eine Aenderung der Grundbesitzverhältnisse kann auch nach meiner Ueberzeugung nur zu einer Besserung der Verhältnisse führen, die man hier besseren will. Nur die Schaffung eines Kleinbesitzerstandes auf dem Lande kann dauernd die Leutenoth mildern. Ich kann daher dem Antrag der Kommission zustimmen, dagegen nicht den darüber hinausgehenden Forderungen des Abg. Dr. Hirsch. Sie scheinen mir doch aus einem gewissen Vorurtheil gegen den Großgrundbesitz hervorgegangen zu sein. Die übermäßige Bildung von Familienfideikommissen hatte auch ich für schädlich und hoffe, die angekündigte Reform der Fideikommißgesetzgebung wird sich nach der Richtung bewegen, die richtige Mitte hier zu finden. (Beifall.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.):

Die Herren thun immer so, als ob die Bildung von Familienfideikommissen einfach in das Belieben des Einzelnen gestellt ist. Wissen Sie denn nicht, daß die Oberlandesgerichte die Bildung bestätigen müssen? Eine gewisse Anzahl von festem Grundbesitz der Familien ist aber sicher für den Bestand des Staates höchst werthvoll, darin stimme ich Herrn v. Bockelberg bei, und das „freie Walten der Kräfte", das der Dr. Hirsch auch hierbei wünscht, ist weiter nichts als ein Ausdruck der Selbstsucht und des Egoismus. Es ist eine große Wohlthat für den Staat, wenn große Waldbestände und sonstige Gegenden, die für den Ackerbau gar nicht geeignet sind, fideikommißtirt werden. Ich gebe allerdings zu, daß die Oberlandesgerichte ihre Aufgabe zu formal-juristisch auffassen und nicht die Vorfrage erledigen oder berücksichtigen: Ist denn auch ein Staatsinteresse vorliegend? Das würden die Regierungspräsidenten besser beurtheilen können. Die Generalkommission scheint mir nicht die geeignete Begutachtungsinstanz; sie ist geneigt, alles zu parzelliren. Das Bedürfniß muß entscheidend sein. Eine scharfe Kontrole muß stattfinden, damit nicht leistungsunfähige Gemeinden zu Stande kommen. Wir werden dem Kommissionsantrag beitreten. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.):

Wir begrüßen es, daß die Regierung 10 Millionen in den Dienst einer wirklich nützlichen inneren Kolonisation durch Private oder Gesellschaften stellen will aus dem Reservefonds der Rentenbanken. Das Wichtigste aber ist, daß die neuen Ansiedelungen, die geschaffen werden, auch zu wirklich leistungsfähigen Gemeinden sich zusammenschließen. In dieser Beziehung könnte vielleicht den Kreisausschüssen eine weitere gehende Befugniß gegeben werden, damit endlich der ungesunden Güterschlächterei wirksam entgegengetreten werden kann.

Die Erörterung wird geschlossen.

Die Ziffer 10 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt Ziffer 11, welche fordert:

a) die Beurlaubung von im aktiven Militärdienst stehenden Mannschaften zu dringenden landwirthschaftlichen Arbeiten (Erntearbeiten rc.);

b) die größere Rücksichtnahme auf die dringenden landwirthschaftlichen Arbeiten bei der Wahl des Zeitpunktes zur Einziehung von Reservisten und Landwehrleuten zu militärischen Uebungen;

c) die Revision der Dienstvorschriften über Marschgebührnisse für die zur Entlassung kommenden Mannschaften nach der Richtung hin, daß die früher der Landwirthschaft angehörenden Mannschaften nach ihrem Heimaths- oder Gestellungsort entlassen werden.

Abg. **v. Kessel** (kons.):

Der Antrag ist nicht sowohl im Interesse der Großgrundbesitzer als der Arbeiter selbst gestellt worden. Auf diesem Gebiet könnte ein größeres Entgegenkommen bewiesen werden. Hier würde es schon viel helfen, wenn man wenigstens von dem Grundsatz abgehen wollte, die Garnisonen in den großen Städten zusammenzufassen. Ein Theil meiner Freunde übrigens klagt darüber, daß die Eisenbahnverwaltung die Arbeitsnachweise der Militärbehörden für die Reservisten benutzt, um ihren Arbeiterstamm zu ergänzen, und daß sie gerade ländliche Arbeiter bevorzugt. Wir bitten um Annahme des Antrages.

Die Ziffer 11 wird angenommen.

Ziffer 12 verlangt: die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter, soweit es die nationalen Rücksichten irgend gestatten, insbesondere auch zum Gesindedienst in nicht gemischtsprachigen Bezirken, sowie die Vereinfachung der von den Arbeitgebern den Behörden gegenüber abzugebenden Verpflichtungserklärungen.

Die Abgg. Szmula (Ctr.) und Genossen beantragen, aus dieser Ziffer die Worte „soweit es die nationalen Rücksichten irgend gestatten" sowie „in nicht gemischt-sprachigen Bezirken" zu streichen.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und kann somit nicht mit zur Berathung gestellt werden.

Abg. **Szmula** (Ctr.):

Die Einführung nationaler Rücksichten und Klauseln und die Ausschließung der gemischt-sprachigen Bezirke stellt gerade die Gegenden schlechter, die die ausländischen Arbeiter, weil es Grenzbezirke sind, am leichtesten verwenden können und wegen des Abzuges ihrer einheimischen Arbeiter nach dem Westen diese Ausländer auch am nothwendigsten brauchen. Oberschlesien z. B. würde durch die Befolgung der unveränderten Kommissionsvorschläge stark benachtheiligt werden.

Abg. **Wolff**-Gorki (kons.):

Wir sind nicht der Meinung, daß wir in der Zulassung ausländischer Arbeiter weiter gehen sollen, als es der Antrag der Kommission will. Wir halten es für eine sehr weise Auffassung von dem großen Friedrich, daß er jenes Stück Polen aufgegeben hat, das der Vorredner im Auge hatte, und wir wollen zufrieden sein, daß wir es jetzt los sind, und die Leute, die ja achtbar sein mögen, unter dem russischen Szepter sich glücklich fühlen können. Sie bilbeten für Preußen bei den weitgehenden Rechten der Preß- und Versammlungsfreiheit eine große Gefahr. Der gegenwärtige Zustand ist ausreichend. Ich bitte, es beim Antrage Hirt zu belassen.

Der Antrag Szmula wird von den Abgg. Dr. Porsch und Genossen von Neuem eingebracht. Nunmehr findet der Antrag als Antrag Porsch die genügende Unterstützung, was mit Heiterkeit begrüßt wird.

Abg. **Hirt** (kons.):

Es liegt hier eine wichtige, große Aufgabe vor. In der Arbeiterfrage haben wir schon versucht, uns selbst zu helfen, und es ist uns durch unsere Landwirthschaftskammer auch theilweise gelungen. Aber nicht gelungen ist uns die Lösung der Gesindenoth. Der Mangel an ländlichem Gesinde hat einen Umfang angenommen, der die Existenz einer großen Reihe ländlicher Betriebe, mittlerer und großer, in Frage stellt. Hier muß geholfen werden. Nehmen Sie Nr. 12 an! (Beifall.)

Abg. **Klose** (Ctr.)

spricht ausführlich und eindringlich für den Antrag Szmula-Porsch.

Abg. Dr. **Hahn** (Bund der Landwirthe):

In gemischt-sprachigen Bezirken muß das nationalle Interesse an erster Stelle stehen. Ist es den polnischen Gutsbesitzern gestattet, eine beliebig große Zahl von polnischen Arbeitern heranzuziehen, so würde die Gefahr der Polonisirung nahe liegen. Im Uebrigen aber, so weit nicht nationale Fragen in Rücksicht kommen, soll man fremde Arbeiter möglichst umfangreich zulassen. Es ist eine Lebensfrage für die Landwirthschaft. Die Letten scheinen mir besonders geeignet, als Arbeitermaterial verwendet zu werden. Sie haben keine Neigung, die Germanisirung aufzuhalten, und sie sind Protestanten und halten es darum schon nicht so eng mit den antideutschen slavischen Bestrebungen. In der Gegenwart scheint mir der Tscheche dagegen unter anderem eine Gefahr heraufzubeschwören. Die Aufmerksamkeit möchte ich auf die Holländer und Blamländer richten. Sie sind germanischen Stammes und gute Arbeiter. Eine gute Mischung von größeren und kleineren Besitzern wird ein geeignetes Mittel zur Milderung der Arbeiternoth sein. Leider scheuen die modernen jungen Mädchen allerdings die schwere landwirthschaftliche Arbeit und heirathen lieber einen Lehrer, Kontroleur oder einen Gendarm. Ich scheue mich nicht, diesen jungen Mädchen ein Mißtrauensvotum in allerschärfster Form von dieser Stelle auszusprechen. (Oh, oh!) Ich bitte, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.):

Man darf doch nicht blos politische, sondern muß auch soziale Rücksichten gelten lassen. Wollen Sie der Arbeiternoth wirklich abhelfen, so dürfen Sie nicht beide Gesichtspunkte mit einander verquicken. Die Wohlfahrtseinrichtungen sollten auf dem Lande gefördert werden; das würde etwas die Leutenoth mildern.

Abg. **Schmitz** (Ctr.):

Im Westen liegen die Verhältnisse der Arbeiterbeschaffung für die Landwirthschaft noch schlimmer als im Osten. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiter selbst nicht einsehen, daß es ihnen dienlicher wäre, bei der Landwirthschaft zu bleiben, als zur Industrie überzugehen. Die dortige Landwirthschaft braucht Arbeiter aus dem Osten, deshalb bitte ich dringend, die Fahrpreisermäßigungen für Arbeiter nicht zu beschränken, wie es gefordert wurde.

Abg. **Pohl** (fr. Vp., schwer verständlich):

Dem Abg. Hirsch stimme ich, und zwar aus eigener Erfahrung, darin bei, daß die Wohlfahrtseinrichtungen auf dem Lande ein Mittel, wenn auch nur ein sogenanntes „kleines Mittel" bilden, sich einen Stamm von Arbeitern zu erhalten. Aber es ist unrichtig, wenn Dr. Hirsch meinte, auf dem Lande beständen keine Wohlfahrtseinrichtungen. Wir haben damit gute Erfolge gehabt. Die ausländischen Arbeiter sind nothwendig. (Zum Vergnügen hält sich diese kein deutscher Gutsbesitzer. (Beifall rechts.)

Die Erörterung wird geschlossen.

Persönlich bemerkt der

Abg. Dr. **Hirsch** (fr. Vp.):

Es ist mir nicht eingefallen, zu behaupten, daß auf dem Lande keine Wohlfahrtseinrichtungen beständen, wie mir der Abg. Pohl in den Mund legt; ich meine nur, daß noch mehr geschehen könnte.

Die Ziffer 12 wird angenommen.

Damit sind die Anträge der Kommission erledigt.

Die zu diesen Anträgen vorliegenden Petitionen werden durch diese Beschlüsse für erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf über **Schutzmaßregeln im Quellgebiete der linksseitigen Zuflüsse der Oder** in der Provinz Schlesien wird in dritter Berathung ohne Erörterung erledigt.

Präsident **v. Kröcher**

beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung: 1. zweite Berathung über die Ergänzungsgesetze betreffend Verheilung der öffentlichen Lasten und Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen; 2. Kommunalbeamtengesetz; 3. Antrag Mendel (kons.) über Förderung der Viehzucht.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.):

Gegen die Tagesordnung will ich nichts einwenden, bitte aber um Auskunft über die Geschäftslage. Wir sollen am Donnerstag noch sitzen. Da würde die Justizkommission, von deren Arbeiten doch die Länge der Session abhängt, wieder einen Tag weniger zu ihrer Arbeit haben. Jedenfalls aber würden die Arbeiten des Plenums